

Pressekonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
in Berlin am 22. September 2016

Statement der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe

Es gilt das gesprochene Wort.



Sehr geehrte Damen und Herren,

Bildung bewegt. Eltern suchen für ihr Kind die bestmögliche Krippe oder Kita, weil sie ihr Kind gut versorgt wissen wollen. In den Schulen sollen die Kinder bestmöglich individuell gefördert werden. Und wenn es um einen Studienplatz geht, ist die Frage zu beantworten: Wie können wir uns das leisten? Bildung bewegt: Erzieher*innen und Lehrer*innen haben einen hohen Anspruch an ihre eigene Arbeit. Sie wollen ihre Aufgaben so gut wie möglich machen, sie wollen bei allen Herausforderungen gesund bleiben und angemessen verdienen.

Und: Bildung ist ein Menschenrecht. Bildung dient der Persönlichkeitsentwicklung, Bildung gilt als der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe, Bildung eröffnet den Zugang zum Arbeitsmarkt

Der Zustand unseres Bildungswesens wird diesen legitimen Ansprüchen jedoch bei weitem nicht gerecht. Das gilt für Quantität und Qualität der Bildungsangebote und -einrichtungen ebenso wie für deren Finanzierung.

Deshalb stellen wir Ihnen heute unsere Initiative „Bildung. Weiter denken!“ vor. Mit dieser Initiative wollen wir die Herausforderungen für die Bildungspolitik in Bund, Ländern und Kommunen aufzeigen, zentrale Lösungsansätze vorstellen und Wege zu deren Finanzierung beschreiben.

Erstes Ziel ist ein bildungspolitischer Kurswechsel nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr. Gleichzeitig wollen wir mit unserer Initiative die Bedarfe in jedem Land deutlich machen. Stellvertretend für die Ebene der Länder stelle ich Ihnen die Initiative deshalb gemeinsam mit Doro Moritz, Vorsitzende der GEW-Baden-Württemberg, dem mit 50.000 Kolleginnen und Kollegen mitgliederstärksten GEW-Landesverband, vor.

Die Bildungspolitik muss sechs zentrale Herausforderungen meistern, wenn Bildung in Deutschland Zukunft haben soll:

1. **Integration:** Hier hat die Bildungspolitik über Jahre zu wenig Unterstützung gegeben. Die Probleme, die durch diese Untätigkeit entstanden sind, zeigen sich im Zusammenhang mit dem Zuzug geflüchteter und asylsuchender Menschen wie in einem Brennglas, aber: Das ist nur die Spitze des Eisbergs.
2. **Inklusion:** Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention droht stecken zu bleiben. Den schönen Programmsätzen der Schulgesetze in den Ländern steht in der Realität eine mangelhafte Ausstattung von Schulen und Kitas gegenüber. Es fehlt vor allem an Personal, aber auch an geeigneten Räumlichkeiten.

3. **Ganztag:** Während die Infrastruktur auch durch Bundesmittel gestärkt worden ist, fehlt es hier gleichfalls an Personal und der Einstellung multiprofessioneller Teams für qualitativ hochwertige Angebote.
4. **Schul- und Hochschulinfrastruktur:** Allgemein- und berufsbildende Schulen und Hochschulen sind vielfach in marodem Zustand. Sie sind weit davon entfernt, den Anforderungen einer modernen Pädagogik und Didaktik zu entsprechen.
5. **Kitaqualität:** Der quantitative Kitausbau gilt als Erfolgsgeschichte, ist aber noch nicht beendet und offenbart mittlerweile erhebliche Qualitätsunterschiede und -mängel in den Einrichtungen.
6. **Personal:** Der Personalmangel im Bildungswesen ist ein, wenn nicht das zentrale Problem. Es fehlt an Fachkräften für Inklusion, sprach- und interkulturelle Bildung oder Vertretungsreserven. Es mangelt aber bspw. auch an qualifizierten Erzieher*innen. In der Bezahlung der Lehrenden gibt es Fehlanreize. Frauen werden bei der Bezahlung besonders benachteiligt: etwa im Erzieherinnen-Beruf mit einem Frauenanteil von über 95 Prozent und an Grundschulen mit einem Frauenanteil von rund 90 Prozent. An den Hochschulen hangeln sich junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Fristvertrag zu Fristvertrag.

Diese Herausforderungen treffen Bund und Länder gleichermaßen. Doro Moritz wird Ihnen jetzt die Perspektive der Länder erläutern.

[Doro Moritz]

Herzlichen Dank Doro Moritz!

Sehr geehrte Damen und Herren,

in fast genau einem Jahr wird der Deutsche Bundestag gewählt. Kern unserer Initiative bis dahin ist eine Trendwende in den bildungspolitischen Maßnahmen der Bundespolitik.

Die vergangene Wahlperiode brachte beinahe ein bildungspolitischen Stillstand. Das Bildungsministerium betreibt im Grunde keine Bildungspolitik mehr. Es versteckt sich weitestgehend hinter dem Kooperationsverbot.

Die Forderung nach Abschaffung des Kooperationsverbotes bleibt richtig.

Das Kooperationsverbot darf aber keine Ausrede für bildungspolitische Untätigkeit sein. Unsere Vorschläge zur Bundestagswahl lassen sich ohne Grundgesetzänderung umsetzen. Der Bund gewinnt mit ihnen bildungspolitische Handlungsfähigkeit zurück.

Unsere Vorschläge finden Sie in der Pressemappe, die Kernaussagen fasse ich kurz zusammen:

- Wo der Bund keine Gesetzgebungskompetenz hat, kann er dennoch Länder und Kommunen finanziell entlasten: Sanierung, Modernisierung und/oder Neubau von Schulen und Hochschulen ist eine vordringliche Aufgabe, die der Bund übernehmen kann. Wenn in Klassenräumen der Putz von den Wänden fällt oder die Schülerinnen, Schüler oder Studierenden den Gang zur Toilette scheuen, leidet darunter auch der Lernprozess. Für Ganztag und Inklusion sind darüber hinaus andere Lernräume erforderlich als im Schulalltag vergangener Jahrzehnte. Der Bund kann mit einem Sanierungs- und Modernisierungsprogramm unmittelbar dazu beitragen, die Bildungsqualität zu verbessern. Er kann darüber hinaus einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Schulen und Hochschulen den Anschluss an das digitale Zeitalter zu ermöglichen.

Das funktioniert nur, wenn ein solches Programm auf zehn Jahre angelegt ist. Es erfordert einen jährlichen Investitionsbedarf von 3,2 Milliarden Euro.

Im Gegenzug müssen die Länder in die Verantwortung genommen werden, mehr Personal einzustellen und die Bezahlung der Pädagoginnen und Pädagogen strukturell zu verbessern.

- Darüber hinaus muss der Bund den Ausbau der Schulsozialarbeit dauerhaft fördern. Wir brauchen einen Schlüssel von einem Schulsozialarbeiter auf 150 Schülerinnen und Schüler. Um die entsprechenden Stellen zu schaffen, sind jährlich rund 2,7 Milliarden Euro notwendig.
- Der Bund kann darüber hinaus gesetzgeberisch tätig werden. Unsere Forderung nach einem Kita-Qualitätsgesetz, das hohe Standards sichert, wird auf Bundesebene breit unterstützt. Hier darf und muss der Bund handeln. Mit diesen Standards, die die Fachkraft-Kind-Relation, die Freistellung der Leitungskräfte, die Fachberatung und die Anerkennung mittelbarer pädagogischer Arbeitszeit festschreiben, verbessert sich die Qualität in den Kitas strukturell deutlich. Das ist auch dringend notwendig. Nach dem erfolgreichen quantitativen Ausbau der Kitas wird nämlich immer deutlicher, dass es in den Einrichtungen erhebliche Qualitätsunterschiede und –mängel gibt. Dabei belegen alle Studien: In der frühen Kindheit werden die Weichen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gestellt. Bundesweit gibt es einen Bedarf von deutlich mehr als 100.000 vollzeitbeschäftigten Fachkräften an Kitas. Für diese Stellen müssten rund fünf Milliarden Euro bereitgestellt werden.
- Das Gleiche gilt für gesetzliche Regelungen zum Hochschulzugang und zu den Abschlüssen. Die Zuständigkeit des Bundes in diesem Gebiet ist unbestritten. Zudem muss sich der Bund stärker als bisher an den Hochschulen engagieren: Der Hochschulpakt muss ausgebaut werden. Mittelfristig soll der Pakt in eine deutlich bessere Grundfinanzierung der Hochschulen umgewandelt werden.
- Die Mindestvergütung der Honorarlehrkräfte in Integrationskursen muss dringend weiter verbessert werden. Dafür muss das Bundesinnenministerium den Kostenerstattungssatz auf 4,40 pro Teilnehmer erhöhen. So schnell wie möglich sollen diese prekären Arbeitsverhältnisse in Festanstellungen überführt werden.

Das Ganze lässt sich auch finanzieren. Damit aber die Schuldenbremse nicht erneut zu Kürzungen statt zu Investitionen führt, muss ein Staat, der in der Bildungspolitik handlungsfähig bleiben will, seine Einnahmehasis verbessern.

Deshalb drängen wir darauf, dass die Steuerpolitik geändert wird. Auch dazu haben wir Konzepte vorgelegt: „Richtig gerechnet!“ lautet der Titel der steuerpolitischen Vorstellungen der GEW. Neben der Entlastung unterer und mittlerer Einkommen, sehen wir zusätzliche Einnahmen durch eine höhere Besteuerung großer Einkommen sowie von Vermögen und Erbschaften vor. Zudem soll die Gewerbe- zu einer Gemeindewirtschaftsteuer weiter entwickelt werden. Diese Maßnahmen bringen jährlich fast 74 Milliarden Euro zusätzlich in die öffentlichen Kassen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

soviel zu den Kernpunkten unserer Initiative. Wir stehen für Ihre Fragen gerne zur Verfügung.